

Inhaltsübersicht

- Streit unter Nordkoreas Elite: Mord an Kim Jong-nam – S. 1
- Mahnwache vor dem polnischen Honorarkonsulat – S. 2
- Appellaktionen der IGFM für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen aus Nordkorea – S. 3
- Nordkoreas Atomprogramm: Erneuter Raketentest im Februar 2017 – S. 4
- Nordkoreas Atomwaffen: China stoppt Kohleimporte aus Nordkorea – S. 4
- Nordkoreanische Sklaven im EU-Staat Polen eingesetzt – S. 5
- Diskriminiert und in ständiger Gefahr – Nordkoreaner in China – S. 7
- Systematische Diskriminierung von Frauen – S. 9
- Eine Geflohene im Portrait: Jihyun Park aus Nordkorea – S. 11
- Gespräch der IGFM mit Jihyun Park und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, Matthias Zimmer MdB – S. 12
- IGFM-Jahresversammlung vom 31. März bis 1. April 2017 – S. 12



Angst vor Mäusen: Durch digitale Medien können Diktaturen fallen. Die IGFM setzt sich dafür ein, dass die Online-Zensur überwunden wird. Bild: IGFM

Streit unter Nordkoreas Elite: Mord an Kim Jong-nam

Die IGFM verurteilt den Mord an Kim Jong-nam, dem Halbbruder des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un. Das Attentat fand am 13. Februar dieses Jahres statt, indem zwei Frauen ihm am Flughafen in Kuala Lumpur eine Flüssigkeit ins Gesicht spritzten. Kim Jong-nam verstarb 20 Minuten später, nachdem er über Unwohlsein geklagt hatte. Die Obduktion der Leiche ergab, dass es sich bei der Flüssigkeit um den Nervenkampfstoff VX handelte, welcher als Massenvernichtungswaffe geächtet ist. Das Mittel dringt über Haut, Augen und Atemwege in den Körper ein und verursacht nach kurzer Zeit eine Lähmung der Atemmuskulatur, woraufhin ein schmerzhafter Tod folgt.



Kim Jong-nam (links), und Kim Jong-un (rechts). Kim Jong-un wird verdächtigt, seinen Halbbruder umgebracht zu haben.

Bildrechte (Kim Jong Nam: By Source (WP:NFC#4), Fair use, <https://en.wikipedia.org/w/index.php?curid=5321909>; Kim Jong-un: petersnoopy).

Die beiden Frauen konnten inzwischen verhaftet werden und werden nunmehr auch vor einem malaysischen Gericht angeklagt. Sie besitzen einen vietnamesischen bzw. einen indonesischen Pass und geben an, selbst hinters Licht geführt worden zu sein. Sie seien davon ausgegangen, bei einem Streich für eine Fernsehshow mitzuspielen. Zusätzlich wurde ein Nordkoreaner gefasst, welcher aber aktuell nicht angeklagt wird. Nordkorea bestreitet, an dem Vorfall beteiligt gewesen zu sein.



Protest der IGFM gegen den nordkoreanischen Herrscher Kim Jong-un vor der nordkoreanischen Botschaft in Berlin.

Bild: IGFM.

Regierung Nordkoreas geäußert hatte. Seit 2001 lebte er außerhalb Nordkoreas.

Kim Jong-nam wurde am 10. Mai 1971 als erster Sohn von Kim Jong-il in Pjöngjang geboren. Seine Mutter war Sung Hye-rim, geboren 1937, eine in Nordkorea bekannte Schauspielerin. Sein 13 Jahre jüngerer Halbbruder Kim Jong-un wurde am 8. Januar 1984 ebenfalls in Pjöngjang geboren. Er ist der dritte und jüngste Sohn Kim Jong-ils. Kim Jong-uns Mutter war Kim Jong-ils dritte Ehefrau Ko Yong-hi.

Protest gegen Einsatz von Arbeitsklaven aus Nordkorea Mahnwache vor dem polnischen Honorarkonsulat in Frankfurt am Main



Menschenrechtsaktivisten der IGFM vor dem polnischen Honorarkonsulat in Frankfurt am Main: „Keine Arbeitsklaven in der EU!“

Bild: IGFM

Am 13. Februar 2017 protestierten Menschenrechtsaktivisten der IGFM vor dem polnischen Honorarkonsulat in Frankfurt. Der Protest in Form einer Mahnwache richtete sich gegen die Sklaverei nordkoreanischer Staatsbürger in Polen. Das nordkoreanische Regime sendet seit Jahren Kolonnen von Arbeitern





Kim Jong-un in Polen? Jedenfalls lässt der nordkoreanische Herrscher seine eigenen Landsleute in Polen ausbeuten.

Bild: IGFM

Denjenigen, die noch im Lande sind, ist damit nicht geholfen, zumal Visa auch verlängert werden können", so Lessenthin. Die IGFM hat hiermit dem polnischen Honorarkonsul ihren Protest gegen das Handeln der polnischen Regierung überbracht, welche an der Ausbeutung von Nordkoreanern im eigenen Land Mitschuld trägt.

ins Ausland, um dort Devisen zu erwirtschaften. Die Betroffenen leben unter elendigen Bedingungen und werden bei der Arbeit streng überwacht. Diese Praxis hat es bis in das EU-Land Polen geschafft. "Die Verhältnisse der nordkoreanischen Zwangsarbeiter in Polen sind nunmehr schon seit über einem Jahr in ganz Europa bekannt", so Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM. Die IGFM kündigte weitere Protestaktionen an. "Der Schritt der polnischen Regierung im Juni 2016, Nordkoreanern zu Arbeitszwecken fortan keine Visa mehr zu erteilen, ist richtig, aber nicht ausreichend, denn hierdurch wird nur der Zustrom neuer Zwangs-

Appellaktionen der IGFM für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen aus Nordkorea



Appellaktionen der IGFM zu Nordkorea. Bild: IGFM

Um die Rechte von Menschen in Not zu schützen, ruft die IGFM regelmäßig zu Appellaktionen auf. Hierbei werden Unterschriftenlisten erstellt, die u.a. an die Bundesregierung weitergeleitet werden. Aktuell betreibt die IGFM drei Appellaktionen in Bezug auf Nordkorea: Sie setzt sich für den in Nordkorea inhaftierten Pastor Hyeon Lim ein, welcher sich dort für humanitäre Projekte eingesetzt hatte. Weiterhin spricht sie sich für ein Ende der Sklavenbeschäftigung in Polen aus. Schließlich stellt sich die IGFM auch



gegen die Abschiebung von Nordkoreanern aus China nach Nordkorea, wo sie oft den sicheren Tod finden. Die Appellblätter können bei der IGFM bestellt werden!

Nordkoreas Atomprogramm: Erneuter Raketentest im Februar 2017

Nordkorea hat am 12. Februar 2017 erneut eine Mittelstreckenrakete getestet. Das nordkoreanische Regime setzt hierdurch seine konfrontative Politik gegenüber der Weltöffentlichkeit fort. Der UN-Sicherheitsrat hat den Test einstimmig verurteilt.

Das Atomprogramm Nordkoreas geht zurück bis in die 1950er Jahre. Bereits damals wurden nordkoreanische Techniker von sowjetischen Wissenschaftlern ausgebildet. 1985 trat Nordkorea zwar dem Atomwaffensperrvertrag bei. Anfang der 90er Jahre erhärtete sich jedoch der Verdacht, dass Nordkorea dennoch die Entwicklung von Atomwaffen vorantreibt. Im Januar 2003 kündigte Nordkorea schließlich an, den Atomwaffensperrvertrag aufzukündigen. 2004 erklärte die Regierung, eine Atomwaffe entwickelt zu haben. Seit 2006 fanden mehrere unterirdische Tests mit messbaren seismischen Auswirkungen statt. Die fünfte, bisher letzte Explosion, ereignete sich im September 2016.

Die enormen Entwicklungskosten des Atomprogramms gehen zu Lasten der Bevölkerung Nordkoreas, welche nicht zuletzt aufgrund der rückständigen Landwirtschaft mit Nahrung chronisch unterversorgt ist. Würde das Regime statt der Investitionen in Atomwaffen in die Nahrungsmittelproduktion investieren, wäre der Bevölkerung des Landes wesentlich besser gedient.

Nordkoreas Atomwaffen: China stoppt Kohleimporte aus Nordkorea

Das isolierte Regime in Nordkorea ist, was den Handel betrifft, enorm abhängig von China. Angaben Chinas zufolge stammen 40 Prozent aller Deviseneinnahmen Nordkoreas aus dem Kohleverkauf nach China. Doch nach den jüngsten Ereignissen und Provokationen seitens Pjŏngjangs macht der bisherige Handelspartner die Grenze für Nordkoreas wichtigste Exportware dicht. China gilt momentan als einziger nennenswerter Verbündeter des Regimes von Kim Jong-un. Rund die Hälfte aller nordkoreanischen Exporte geht nach China.



Keine Kohle mehr: China lässt sich von Nordkorea keine Kohle mehr liefern.

Bildrechte: Freemages.com/Anry Ermolaev

Nun hat China unerwartet alle Kohleimporte aus Nordkorea gestoppt und damit dem Regime des totalitären Diktators die wichtigste Einnahmequelle entzogen. Laut Angaben des Handelsministeriums setzt China damit eine Resolution des Weltsicherheitsrats um, die vom vergangenen November stammt. Höchstwahrscheinlich war Nordkoreas jüngster Raketentest in der vergangenen Woche ausschlaggebend hierfür. Der Test hatte weltweit Empörung ausgelöst und den Druck auf China erhöht, die bereits

beschlossenen Sanktionen umzusetzen. Auch US-Präsident Trump hatte eine deutliche Reaktion auf die nordkoreanische Provokation angekündigt und Peking ebenfalls zum Handeln aufgefordert. Allerdings ist der Einfluss der chinesischen Führung auf Pjöngjang begrenzt. Beispielsweise ignorierte Kim zuletzt zahlreiche Warnungen aus Peking und setzte seine Raketentests fort.

Bislang hatte China sich beim Handel mit Nordkorea trotz Sanktionen auf eine Ausnahmeregelung aus humanitären Gründen berufen. Es sollte verhindert werden, dass die Bevölkerung zu sehr unter dem Handelsembargo leidet. China hatte sich auch gegen eine vollständige Umsetzung der Sanktionen gesträubt, solange nicht gleichzeitig diplomatische Anstrengungen zur Lösung des Nuklearkonflikts gemacht werden.

Nordkoreanische Sklaven im EU-Staat Polen eingesetzt

Als Nordkoreas Wirtschaftsprobleme in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts größer wurden, begann der damalige Machthaber Kim Il-sung, eigene Landsleute ins Ausland zu schicken, um dort Devisen zu erwirtschaften. Der Arbeitslohn sollte den Arbeitern allerdings nicht selbst zugute kommen, sondern wurde zwangsweise an den nordkoreanischen Staat abgeführt. Schon 1967 wurden erste Arbeiter in die Holzindustrie nach Sibirien entsandt. Die Arbeitsbedingungen waren hart; zusätzlich wurde durch Überwachung sichergestellt, dass die Arbeiter nicht flüchten können. Um eine Flucht weiterhin zu erschweren, durften prinzipiell nur solche Arbeiter ins Ausland gehen, welche in Nordkorea Familie hatten.



Nordkoreanische Arbeiter auf einer Baustelle in Polen: Das nordkoreanische Regime setzt Arbeitssklaven in anderen Ländern ein.

Bildrechte: Vice Media GmbH

Diese Ausbeutungspraxis hat in den letzten Jahrzehnten enorm an Umfang zugenommen. Neben Russland traten auch China sowie einige arabische Länder als "Gastländer" hinzu. Es wird geschätzt, dass die nordkoreanische Regierung aktuell etwa 50.000 Arbeiter im Ausland für sich arbeiten lässt. Die hierdurch generierten Einkünfte belaufen sich jährlich auf etwa zwei Milliarden Euro. Dieses Geld benötigt das Regime, um die beständig negative Außenhandelsbilanz auszugleichen. Seit den 1990er Jahren befindet sich das Land ungeboren in einer Wirtschaftskrise.

Um die Sanktionen zu umgehen, schickt die nordkoreanische Regierung Arbeiter vermehrt auch in europäische Staaten, da dort höhere Löhne gezahlt werden. 2006 stellte Tschechien die Visavergabe an Nordkoreaner ein. Auch in Polen wurde 2006 bekannt, dass sich dort hunderte Nordkoreaner zu Arbeitszwecken aufhalten. Die polnischen Arbeitsaufsichtsbehörden gaben jedoch an, "nichts unternehmen" zu können.

„Die Sklaven werden in Schiffswerften, Gemüseplantagen und auf Großbaustellen eingesetzt.“

Geschäfte mit polnischen Firmen

Die Unterdrückung von Nordkoreanern in Europa geriet danach aus dem internationa-

len Fokus. Erst 2015 wieder machte ein Bericht der britischen Menschenrechtsorganisation *European Alliance for Human Rights in North Korea* (EAHRNK) Schlagzeilen, wonach Polen nach wie vor nordkoreanische Zwangsarbeiter im eigenen Land duldet. Diese werden in Schiffswerften, Gemüseplantagen und auf Großbaustellen eingesetzt. Betroffen sind die Werften *Crist AG* und *Nauta AG* in Gdingen bei Danzig sowie beispielsweise eine Tomaten-Großplantage mit dem



Schiffswerft in Danzig: Hier werden dutzende Nordkoreaner beschäftigt.

Bildrechte: Vice Media GmbH

Namen *JTM Tomato* südlich von Warschau. Auch die Baufirma *Atal AG* setzt Recherchen zufolge Zwangsarbeiter auf Baustellen ein. Mehrere Anfragen europäischer Parlamentarier an die Europäische Kommission wurden sehr knapp beantwortet – der Europäischen Kommission seien die Vorgänge zwar bekannt, doch lägen der Kommission keine weitergehenden Informationen vor.

Im September 2015 veröffentlichte auch der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte einen Bericht, wonach Polen die Ausbeutung nordkoreanischer Arbeiter dulde. Im März 2016 reiste ein Journalistenteam der *ZEIT* nach Polen. Im Mai 2016 schließlich fand eine Forschungsarbeit der Universität Leiden (Niederlande) internationale Aufmerksamkeit, welche sich mit der Zwangsarbeit von Nordkoreanern in Europa beschäftigte. Die Nachrichtenagentur *Vice Media* erstellte noch im selben Monat eine ausführliche Videoreportage, zu der nordkoreanische Arbeiter in Polen interviewt wurden.



Tomaten im Gewächshaus: Nordkoreaner müssen in Polen zwangsweise Tomaten ernten.

Bildrechte: Von Goldlocki aus der deutschsprachigen Wikipedia, CC BY-SA 3.0

werden. Nordkoreanische Gastarbeiter verbringen zumeist mehrere Jahre (teils bis zu 10 Jahre, unterbrochen nur durch wenige Heimatreisen) im Gastland. Es ist daher davon auszugehen, dass sich auch heute noch hunderte Arbeitssklaven in Polen befinden.

Drei Wochen später schließlich, im Juni 2016, gab die polnische Regierung bekannt, zukünftig keine Arbeitsvisa mehr für nordkoreanische Staatsbürger auszustellen. Grund hierfür sei Nordkoreas Atombombentest Anfang des Jahres. Naheliegender ist jedoch, dass der Regierung der öffentliche Druck wegen der nordkoreanischen Zwangsarbeiter im Lande zu groß geworden ist.

Nur halbherzige Maßnahmen

Die Einstellung der Visavergabe kann jedoch nur als halbherziger Schritt gewertet werden, denn alle Arbeiter mit bisher gültigem Visum können, davon unbeeinträchtigt, nach wie vor im Land bleiben. Visa können zudem verlängert

Die Arbeitsbedingungen verletzen mehrfach geltendes Recht. Zum einen werden die Arbeiter bei der Arbeit streng überwacht und erhalten nur sehr wenig Geld. Das meiste Geld wird über Scheinfirmen di-

rekt an den nordkoreanischen Staat überwiesen. Des Weiteren müssen die Arbeiter täglich 12 Stunden und mehr Dienst leisten. Bewegungsfreiheit innerhalb des Gastlandes wird nicht gewährt. Die Arbeitsstellen sind oft abgeriegelt, selbiges gilt für die Unterkünfte. So ist beispielsweise die Tomatenfarm bei Warschau von Mauern und Zäunen umgeben. Flucht hat zur Folge, dass die Familie in der Heimat in Arbeitslager deportiert wird.

Die IGFM setzt sich dafür ein, dass Nordkoreaner nicht mehr auf europäischem Grund und Boden ausgebeutet werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn Nordkoreanern generell keine Arbeitsvisa mehr erteilt werden. Eine Maßnahme besteht auch darin, darauf hinzuwirken, dass deutsche Unternehmen keine Vertragsbeziehungen mehr mit denjenigen polnischen Unternehmen eingehen, welche Sklaven beschäftigen. Polnische Tomaten, von Sklavenhand produziert, sind in Deutschland unerwünscht.

„Die Arbeitsbedingungen verletzen mehrfach geltendes Recht.“

Diskriminiert und in ständiger Gefahr: Nordkoreaner in Chinas Untergrund

Es ist bekannt, dass jährlich tausende Nordkoreaner versuchen, ihr Land zu verlassen. Viele entscheiden sich zur Flucht, wenn sie das Regime kritisiert haben und nun vor der Verhaftung stehen, oder wenn sie eingesperrt werden sollen, weil ein Familienmitglied etwas "verbrochen" hat. Strafen wegen regimekritischen Verhaltens werden in Nordkorea nicht nur gegen Einzelpersonen verhängt, sondern gegen die gesamte Familie. Viele fliehen auch, sofern möglich, aus den Konzentrationslagern selbst, oder schlicht wegen der Lebensmittelknappheit im Land.



Shenyang, Provinz Liaoning im Nordosten Chinas: Hier befinden sich tausende Nordkoreanerinnen, viele von ihnen in der Prostitution.

Bildrechte: By ecabal - Own work, CC BY-SA 3.0

„China heißt die Geflohenen nicht willkommen, sondern betrachtet sie als Wirtschaftsflüchtlinge.“

Ein Abkommen mit Nordkorea garantiert zudem, alle geflohenen Nordkoreaner (unter Verstoß gegen die UN-Flüchtlingskonvention) zurück nach Nordkorea abzuschicken. Daher leben die Geflüchteten auch in China in ständiger Angst. Chinesische Polizisten erhalten für jeden gefangenen Nordkorea-

Weniger bekannt ist jedoch, wie es den Geflohenen nach dem Grenzübertritt nach China ergeht. Da die Grenze nach Südkorea abgeriegelt ist, fliehen die meisten Nordkoreaner über den Grenzfluss Tumen nach China. China heißt die Geflohenen aber nicht willkommen, sondern betrachtet sie als Wirtschaftsflücht-

Flüchtlinge aus Nordkorea nicht abschieben!



Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
www.menschenrechte.de



Kampagne der IGFM gegen die Abschiebung von nordkoreanischen Flüchtlingen aus China.

Bild: IGFM.

weiter, die auf diesem Wege hoffen, zu einer Frau zu kommen. Der Preis wird durch das Aussehen der Frau bestimmt. Viele flüchtende Frauen wissen zum Fluchtzeitpunkt noch gar nichts von diesen Machenschaften.

Durch Prostitution und Zwangsheiraten kommen viele Schwangerschaften zustande. Viele der geborenen Kinder verlieren aber ihre Mutter, wenn diese inhaftiert und zurück nach Nordkorea gebracht wird. Da die nordkoreanischen Mütter wegen der Gefahr, entdeckt zu werden, keinen Arzt aufsuchen können, sind sie gesundheitlich auch stärker gefährdet. Aktuell leben nach Schätzungen etwa 25.000 Kinder nordkoreanischer Mütter in Chinas Osten. Frauen, die schwanger nach Nordkorea zurückkehren, werden mit roher Gewalt zur Abtreibung gezwungen.

Nicht immer handelt es sich bei den Schmugglern, engl. *escape broker* genannt, um Kriminelle mit bösen Absichten. Es gibt auch Schmuggler, welche den Fliehenden gegen eine Aufwandsentschädigung, welche sich auf etwa 2.000 Euro beläuft, dabei helfen, den Weg nach Südkorea zu finden. Sie riskieren für dieses Engagement aber Gefängnis-

ner eine Belohnung in Geld. Wer von der chinesischen Polizei entdeckt wird, wird zunächst eingesperrt und anschließend nach Nordkorea deportiert. Hierbei kommt es nicht selten zu Massenabschiebungen. Pro Monat werden im Schnitt etwa 100 Nordkoreaner abgeschoben. In Nordkorea werden die Rückkehrer sofort in Lager inhaftiert und oft zu Tode gefoltert. Dies trifft besonders auf solche zu, die bereits den zweiten Fluchtversuch unternommen hatten.

Nordkoreanische Frauen an chinesische Bordelle verkauft

Insgesamt sind bis heute etwa 300.000 Nordkoreaner nach China geflüchtet. Die meisten Geflohenen bleiben in den ostchinesischen Provinzen Jilin und Liaoning. Es wird geschätzt, dass sich aktuell bis zu 200.000 Nordkoreaner dort aufhalten. Ein Großteil der dort lebenden nordkoreanischen Frauen lebt aber nicht frei, sondern ist in der Prostitution gefangen. Die Menschenhändler, die den Flüchtlingen beim Grenzübertritt nach China helfen, verkaufen die Frauen oftmals sogleich für 200-1.000 Euro pro Person an Bordellbetreiber oder an chinesische Männer



Straflager in Nordkorea: Das Bild lässt die enormen Ausmaße erkennen. Die Menschenrechtsverletzungen in diesen Lagern finden, so die UN, in heutiger Zeit keine Parallele. Bild: IGFM.



strafen. Teilweise handelt es sich bei den Fluchthelfern auch um Christen, die bei Inhaftierung zusätzlich die Schließung ihrer Kirche befürchten müssen.

„Die Flucht nach Südkorea kostet etwa 2.000 Euro.“

Fluchtrouten aus dem Elend

Der Weg in die Freiheit führt aktuell entweder durch die Wüste Gobi in die Mongolei oder über Laos nach Thailand. Sowohl Thailand als auch die Mongolei schicken Nordkoreaner kostenlos per Flugticket nach Südkorea. Die Flucht ist allerdings beschwerlich, da die Flüchtenden zu allen Zeiten von der Polizei unentdeckt bleiben müssen. Daher können die Grenzen nicht an offiziellen Stellen passiert werden, sondern müssen – bei der Flucht über die Südroute – im Dschungel überschritten werden. Die Flussgrenze zwischen Laos und Thailand muss mit einem Boot überwunden werden. Die Fluchthelfer begleiten die Fliehenden auf den stets wechselnden Routen. Erst in Thailand sind die Flüchtenden in Sicherheit.

Systematische Diskriminierung von Frauen

Nordkorea ist Vertragspartei sowohl der UN-Frauenrechtskonvention als auch der UN-Kinderrechtskonvention. Im Rahmen dieser Konventionen hat Nordkorea in der Vergangenheit etwa alle 5 Jahre, teils aber auch verspätet, Berichte abgegeben, die die Situation von Frauen und Kindern im eigenen Land darstellen sollen. Das *Korea Institute for National Unification* (KINU) hat diese Berichte auf ihre Stichhaltigkeit analysiert und kommt zu dem Ergebnis, dass sie leider nicht die Realität im Lande abbilden. Die Lage der Frauen und Kinder in Nordkorea ist demzufolge keineswegs so, wie sie von der nordkoreanischen Regierung dargestellt wird.

Nordkoreas sozialistische Verfassung sowie auch das Familienrecht garantieren dem Wortlaut nach, dass Frauen die gleichen Rechte wie Männer haben. Darüber hinaus wurde im Jahr 2010 noch ein weiteres Gesetz erlassen, welches die Gleichstellung von Frauen im sozialen Leben bezweckte. Die rechtlichen Regularien werden in der Praxis

„Nordkoreas Verfassung garantiert Frauen die gleichen Rechte wie Männer. Dies wird in der Praxis aber nicht eingehalten.“

aber nicht eingehalten. Nach den Rechercheergebnissen des KINU werden Frauen in Nordkorea vielfach in Geschlechterrollen gedrängt. Dies spiegelt sich zum Beispiel darin wieder, dass Frauen in politischen und sonstigen öffentlichen Positionen stark unterrepräsentiert sind. Sie haben auch kaum Möglichkeiten, ihren sozialen Status zu ändern oder zu verbessern. Das liegt teilweise auch daran, dass Frauen der Zugang zu Universitäten erschwert wird. Die meisten Studenten in Nordkorea sind männlich.

Heranziehung zu Arbeitsdiensten

Die patriarchalische Ausrichtung der Gesellschaft bewirkt, dass viele Frauen, sobald sie verheiratet sind, unbezahlte Arbeit im häuslichen Bereich bzw. informellen Sektor leisten. Ihre Männer können sie dabei oft nicht unterstützen, da sie, selbst wenn sie keine Arbeit haben, im Betrieb erscheinen müssen (Arbeitslosigkeit wird geahndet). Problematisch wird es, wenn Frauen dennoch einer regulären Erwerbstätigkeit nachgehen. Ihnen obliegt dann nicht nur die offizielle Arbeit, sondern zumeist auch die gesamte Haushaltsführung. Weiter erschwert wird die Situation von Hausfrauen dadurch, dass sie als "arbeitslos" gelten und daher für Freiwilligendienste und Feldarbeiten herangezogen werden, teilweise auch für Ar-



Berlin, September 2016: Protest der IGFM gemeinsam mit anderen Menschenrechtsgruppen gegen die Ausbeutung der nordkoreanischen Bevölkerung.

Bild: IGFM.

hört die Behandlung von geflohenen Frauen, die wieder in die Heimat "integriert" werden sollen. Bei der Rückkehr werden diese Frauen schmerzhaften Inspektionen ihrer Geschlechtsteile unterzogen. Die Sicherheitsbehörden versuchen auf diesem Wege, eventuell eingeschmuggelte Waren zu finden. Frauen, die schwanger aus dem Ausland zurückkehren, werden gewaltsam zur Abtreibung gezwungen.

Scheidungsrecht und sexueller Missbrauch

Frauen werden schließlich auch bei Ehescheidungen benachteiligt. Affären mit anderen Männern führen für die beteiligte Frau zumeist zur Ehescheidung. Wenn Männer untreu werden, wird dies von der Gesellschaft aber als wesentlich weniger drastisch beurteilt. Frauen sind zudem auch nicht selten von häuslicher Gewalt betroffen. Über 80 Prozent aller geflohenen Nordkoreaner bezeugen, dass dies häufig vorkommt. Auch sexuelle Misshandlungen spielen sich in diesem Rahmen häufig ab. Die betroffenen Frauen halten dies aber zumeist geheim, da sie von der Öffentlichkeit keine Rückendeckung zu erwarten haben. Zudem wird von sexuellen Übergriffen von Beamten auf Frauen berichtet. Um bestimmte Vorteile zu erlangen, erwarten Beamte oder sonstige öffentliche Angestellte sexuelle Dienste von Frauen, die kein Korruptionsgeld bezahlen können.

„Nordkoreanerinnen sind häufig von häuslicher Gewalt betroffen.“

beiten auf Baustellen (z.B. Betonmischen). Frauen werden hier harte körperliche Arbeiten zugemutet; die Frauen dürfen nicht nach Hause zurückkehren, bevor alle Arbeiten, die die Aufseher befehlen, erledigt sind. Dies zieht sich teilweise bis in die Abendstunden hin. Da öffentlicher Transport in Nordkorea rar ist, müssen die Baustellen zu Fuß erreicht werden.

Gesundheitliche Lage

Als "arbeitslos" betrachtete Hausfrauen können sich in Nordkorea nicht auf Mutterschutzprivilegien berufen oder Kindergärten nutzen. Die gesundheitliche Lage von Frauen in Nordkorea ist insgesamt schlecht, weil Geräte und Medikamente fehlen. Daher leiden Frauen auch vermehrt an Frauenkrankheiten. Die Müttersterblichkeitsrate liegt allerdings bei 82 pro 100.000 und damit im Vergleich zu Entwicklungsländern auf einem moderaten Niveau.

Zwangswise Wiedereingliederung für Abgeschobene

Zu den schlimmsten Rechtsverletzungen ge-

Frauen in Nordkorea leiden daher in vielen Bereichen unter Benachteiligung und unter Verletzung ihrer Menschenwürde. Das patriarchale System, viele Arbeitsdienste und die schlechte Gesundheitsversorgung belassen viele Frauen in einem äußerst belastenden Umfeld.

Eine Geflohene im Portrait: Jihyun Park aus Nordkorea

Als Jihyun Parks Bruder von seinem Dienst in der nordkoreanischen Armee suspendiert wurde und verhaftet werden sollte, entschied sie sich, aus ihrer Heimatstadt in der Provinz Nord-Hamgyung zu fliehen, da im Rahmen solcher Verhaftungen oft auch Familienmitglieder eingesperrt werden. Ihren kranken Vater musste sie Jihyun dabei zurücklassen. An der chinesischen Grenze wurde sie dann allerdings – wie es fliehenden Nordkoreanerinnen häufig geschieht – von ihrem Fluchthelfer betrogen. Obwohl Jihyun ein gut bezahlter Job versprochen wurde, verkaufte der Menschenhändler sie für etwa 700 Euro als Hausklavin an einen Chinesen, bei dem sie die nächsten sechs Jahre verbringen sollte. Diesem gebar sie in dieser Zeit auch einen Sohn.



Jihyun Park ist Mathematikerin und arbeitete vor ihrer Flucht aus Nordkorea als Lehrerin.

Bildrechte: United Nations Association – UK.

Schließlich wurde Jihyun von den chinesischen Behörden gefasst und mit ihrem Sohn in ein Gefangenenerlager gebracht. Von dort wurde sie anschließend nach Nordkorea zurückgebracht und von ihrem Sohn getrennt. Auch dort musste sie einige Zeit in einem Lager verbringen, wo die Bedingungen noch weitaus schlimmer waren als in China. Ihre Schilderungen lassen das unbeschreibliche Leid erahnen, dem sie in Nordkorea ausgesetzt war. Nicht nur musste sie mit ihren bloßen Händen Feldarbeit verrichten. Aufgrund der Nahrungsmittelknappheit behalf sie sich oft damit, Kartoffeln aus dem Boden auszugraben und diese roh zu verzehren. Manchmal verblieb ihr und ihren Mitinsassen auch nur, in Tierkot nach essbaren Samen zu suchen.

Erst als ihr Onkel einen Garantiebrief ausstellte, wonach er sich um sie kümmern und sie an einer erneuten Flucht hindern würde, kam Jihyun frei. Dennoch floh sie erneut nach China, diesmal auf der Suche nach ihrem Sohn. Von dort aus gelang ihr schließlich die Weiterreise nach Großbritannien. Dort lernte sie Englisch und erhielt ein Flüchtlingsvisum. Jihyun arbeitet derzeit als Projektleiterin bei der Europäischen Allianz für Menschenrechte in Nordkorea (EAHRNK) und setzt sich gemäß des Zwecks der EAHRNK dafür ein, nordkoreanischen Flüchtlingen international Gehör zu verschaffen.

Mittlerweile genießt Jihyun internationale Bekanntheit. Sie sagte bereits vor einer UN-Untersuchungskommission in London aus und ließ ihre Geschichte von diversen Zeitschriften und Zeitungen beleuchten. Darüber hinaus wird ihre Fluchtgeschichte von zwei Dokumentarfilmen aufgegriffen.

Termine 2017

Gespräch der IGFM mit Jihyun Park und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, Matthias Zimmer MdB

Am 13. März treffen die geflohene Nordkoreanerin Jihyun Park sowie der Bundestagsabgeordnete Matthias Zimmer (CDU) in den Räumen der IGFM in Frankfurt zusammen, um die aktuelle Lage in Nordkorea sowie die menschenrechtliche Situation der Nordkoreaner außerhalb Nordkoreas zu beraten. Matthias Zimmer hat kürzlich den Vorsitz des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags übernommen. Die IGFM gratuliert Herrn Zimmer herzlich zu diesem Amt und freut sich, ihn gemeinsam mit Frau Park schon bald zum Gespräch bei der IGFM begrüßen zu können. Es wird erwartet, dass das Gespräch zu einem lebhaften Austausch auch zwischen Frau Park als Zeugin und Herrn Zimmer als Abgeordnetem führen wird, sodass die CDU-Fraktionsarbeit sowie auch die Arbeit des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags dadurch mit neuen Fakten und Impulsen versorgt werden kann.



Demonstration der IGFM gegen Sklaverei in Nordkorea. Bild: IGFM

IGFM-Jahresversammlung vom 31. März bis 1. April 2017

Im Arbeitskreis China der IGFM-Jahresversammlung geht es in diesem Jahr auch um nordkoreanische Flüchtlinge, die in China im Untergrund leben. Wie in diesem Newsletter im Beitrag "Nordkoreaner in Chinas Untergrund" beschrieben, sind die Lebensbedingungen für Nordkoreaner in China äußerst bedrückend. Die chinesische Regierung betreibt den geflohenen Nordkoreanern gegenüber eine strikte Ausgrenzungspolitik und schiebt Nordkoreaner grundsätzlich nach Gefangennahme nach Nordkorea ab. Die Jahresversammlung wird im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn stattfinden.

Impressum

Nordkorea Report

Redaktion: Christian Seiler, Yulbin Kim, Marvin Müller, Max Klingberg, Martin Lessenthin (ViSdP).

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Deutsche Sektion e.V. • Borsigallee 9 • 60388 Frankfurt am Main
Tel: 069-420 108-0 • Fax: 069-420 108-33
eMail: info@igfm.de • www.igfm.de / www.menschenrechte.de
<https://www.facebook.com/igfmdeutschland>

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.





Nordkorea: Pastor Hyeon Soo Lim

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, 60388 Frankfurt a.M., www.menschenrechte.de

Kanadischer Pastor als Geisel genommen

Pastor Hyeon Soo Lim hat über Jahre humanitäre Hilfe nach Nordkorea koordiniert. Am 31. Januar 2015 reiste er nach Nordkorea ein, "verschwand" dort bis Juni 2015 und wurde in einem Scheinprozess zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt. Die IGFM geht davon aus, dass er im Verhandlungspoker mit den USA als Geisel missbraucht wird.

Was passiert mit den Petitionen?

Die IGFM sammelt Unterschriften, bis Pastor Hyeon frei ist und Nordkorea verlassen kann. Die gesammelten Unterschriften übergibt die IGFM regelmäßig der nordkoreanischen Regierung und schickt Kopien ins Lager.

Appell:

Mit meiner Unterschrift fordere ich die nordkoreanische Regierung auf, Pastor Hyeon frei und ausreisen zu lassen.



Name	Adresse	Unterschrift
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	
	optional: eMail für weitere Infos:	



UN Photo/Jean-Marc Ferré

Am 17. Februar 2014 veröffentlichte die UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtssituation in Nordkorea einen rund 400 Seiten langen Bericht. Die Kommission der Vereinten Nationen bewertete die Verbrechen der Regierung an der eigenen Bevölkerung darin als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Nordkorea: Pastor Hyeon freilassen!

Hyeon Soo Lim (* 16. Februar 1955) wuchs als Sohn eines gebürtigen Nordkoreaners in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul auf. Er zog 1986 zum Studium nach Kanada, nahm später die kanadische Staatsbürgerschaft an und wurde Pastor in Ontario. Seit der katastrophalen Hungersnot in Nordkorea von 1994 bis 1998 engagierte sich Lim sehr stark für humanitäre Hilfe für die nordkoreanische Bevölkerung. Mit Hilfe seiner Kirche unternahm er ab 1997 mehr als 100 Reisen in das stalinistische Land und betreute dort u. a. ein Waisenhaus und ein Pflegeheim.

Auch am 31. Januar 2015 war er für humanitäre Projekte nach Nordkorea eingereist. Kurz nach seiner Ankunft wurde er verhaftet. Er blieb danach für mehrere Monate in der Haft „verschwunden“. Die Behörden verweigerten jede Information. Das erste Lebenszeichen von ihm war eine staatliche „Pressekonferenz“ in Pjöngjang im Juni 2015. Dort soll er nach Angaben der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA die Durchführung von „staatsfeindlichen Aktivitäten in der bössartigen Absicht, einen religiösen Staat in der DVRK zu errichten,“ „gestanden“ haben. Auf der Grundlage dieses „Geständnisses“ verurteilte ihn das Gericht zu lebenslanger Zwangsarbeit.

Die IGFM geht davon aus, dass er im Verhandlungspoker mit den USA als Geisel missbraucht wird. Pastor Lim ist nicht der erste Ausländer, der in Nordkorea willkürlich verhaftet und als Geisel bei diplomatischen Auseinandersetzungen missbraucht wurde. Ähnliche erpresste Selbstanschuldigungen wie die Lims leisteten auch andere ehemalige Gefangene aus dem Ausland in Nordkorea. Diese berichteten nach ihrer Freilassung, dass die öffentlichen Geständnisse inszeniert waren und sie eine vorgefertigte Aussage unter Zwang vortragen mussten.

zur IGFM

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, 60388 Frankfurt a.M., Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420 108-33, www.menschenrechte.de, info@igfm.de, <https://www.facebook.com/igfmdeutschland>

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Spendenkonto: 1403601, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 55020500; www.igfm.de/online-spenden/

IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

www.menschenrechte.de

